

# Bericht aus dem Bundestag

Bernd Westphal, MdB

2/ Nov. 2013



## Inhalt:

### 2. Plenarsitzung

- Katastrophe auf den Philippinen
- Regierungserklärung EU-Gipfel
- Abhöraktivitäten der NSA

Stand Koalitionsverhandlungen

## 2. Plenarsitzung, 18.11.2013

Nach der Eröffnung der Sitzung begrüßte Bundestagspräsident Lammert die Botschafterin der Philippinen auf der Ehrentribüne. Im Namen des Bundestages wurde das Mitgefühl für die Opfer und ihrer Familien des Taifun Haiyan ausgesprochen. Hilfsorganisationen gehen derzeit von über 10.000 Toten aus. Über vier Millionen Menschen benötigen dringend Hilfe.

Die internationalen Hilfen sind angelaufen. Auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sich daran. Es wurde zu Spenden aufgerufen:

**Spenden-Stichwort: Taifun Haiyan**

**Spendenkonto: 10 20 30**

**Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00**

## Regierungserklärung zum EU-Gipfel Östliche Partnerschaft am 28./29. November 2013 in Wilna

In ihrer Regierungserklärung ging die als geschäftsführend im Amt tätige Bundeskanzlerin Merkel auf die Östliche Partnerschaft der EU ein. Am 7. Mai 2009 hatten Deutschland und seine europäischen Partner in Prag gemeinsam mit den Nachbarstaaten **Ukraine, Moldau, Georgien, Weißrussland, Armenien und Aserbaidschan** die Östliche Partnerschaft ins Leben gerufen. Dabei geht es darum, die politische Assoziierung und die wirtschaftliche Integration mit den genannten östlichen Nachbarstaaten voranzubringen. Ziel ist die Schaffung einer Basis gemeinsamer Werte auf dem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften. Die Östliche Partnerschaft soll den eingeschlagenen Reformkurs fördern und die Unterstützung der EU anbieten. Dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel in den Partnerländern soll zusätzliche Impulse verliehen werden.

Das Vorhaben ist weiter zu unterstützen, um den Ländern eine Orientierung zur EU zu ermöglichen.



## 2. Plenarsitzung, 18.11.2013

Zu den **NSA (National Security Agency , ist der Auslandsgeheimdienst der USA)-Abhöraktivitäten** und die Auswirkungen auf Deutschland sowie die transatlantischen Beziehungen berichtete der geschäftsführende Innenminister Friedrich (CSU). Die Behörde steht im Verdacht, flächendeckend deutsche Bürger und Politiker zu überwachen. Es geht um die umfassende Aufklärung der massenhaften Überwachung innerdeutscher Kommunikation durch Geheimdienste. Der Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger ist sicherzustellen.

Die Aufklärung der NSA-Affäre ist noch lange nicht erledigt. Unser Fraktionsvorsitzende, Frank Walter Steinmeier, erklärte: „Alle Versuche, die es diesseits und jenseits des Atlantiks gegeben hat, das Geschehene zu banalisieren, zum Kavaliersdelikt herunterzuspielen, das kann und das dürfen wir nicht akzeptieren“. Er bezeichnete es als unzureichend, wenn Europa allein durch technische Vorkehrungen versuche, seine Internet- und Telefonkommunikation vor Ausspähungen zu schützen. "Das Netz ist worldwide, die Zeit werden wir nicht zurückstellen können", sagte er. Statt technischer Abschottung brauche es "**ein Völkerrecht im Netz**", in dem sich die Staaten zu Regeln bekennen.

## Stand Koalitionsverhandlungen

Nach dem SPD-Bundesparteitag in Leipzig gehen jetzt die Verhandlungen über den Koalitionsvertrag in die entscheidende Phase. Einige Zwischenergebnisse liegen aus den Arbeitsgruppen vor. Es wird jetzt darauf ankommen, die Versprechen aus dem Wahlkampf auch in dem Koalitionsvertrag wiederzufinden.



Sigmar Gabriel auf dem SPD-Bundesparteitag in Leipzig (Foto: Marco Urban / SPD )

In gemeinsamer Verantwortung wird es jetzt darauf ankommen, das Vertrauen für die SPD Mitglieder in den Verhandlungsgruppen zu erhalten.

„Wir sind nicht zum Nulltarif zu haben. Und wir sind auch nicht für ein paar Ministerposten zu haben“, stellte Gabriel am Samstag in Leipzig klar. Die klare Haltung der SPD sei: Es gehe um **klare politische Inhalte und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung des Lebens der Menschen**.

Gesetzlicher Mindestlohn, abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, Gleichstellung, Bildung, Europa, Beschränkung von Waffenexporten - in allen diesen Bereichen kann die SPD jetzt Fortschritte machen und Verbesserungen für die Menschen herbeiführen.